

Rückblick: Giessener Polizeistrategien – Straftaten und Tatbeteiligungen erfinden

Zusammenfassung der ersten Dokumentation

März 2004: Giessener Gruppen veröffentlichen die 50-seitige „Dokumentation von Fälschungen, Erfindungen und Hetze durch Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen“. Über 20 Fälle von Erfindungen irgendwelcher Straftaten, zusätzlich viele Erfindungen von Tatbeteiligungen, etliche rechtswidrige Angriffe auf Demonstrationen, ebenso illegale Platzverweise, Hausverbote, Festnahmen, DNA-Tests und Hausdurchsuchungen, Einschüchterung und Gewalt, Hetze und Schüren sozialrassistischer Gewalt sind dort zusammengetragen und im März 2004 veröffentlicht worden. Die Reaktionen darauf zeigten, wie richtig die AutorInnen der Studie lagen: Mehr denn je blockten die kritisieren Kreise regierungsversuchten, die kritische Opposition mundtot zu

Die Inhalte der Dokumentation

11.12.2002, 24 Uhr: Zwei Aktivisten der Projektwerkstatt (Kreis Gießen) verschwinden auf ihrem Weg durch die Giessener Innenstadt. Am 13.12.2002 verkündet der Giessener Anzeiger: „Bergstedt war am Mittwoch erwischt worden, wie er Wände rund um das Rathaus mit Parolen beschmierte“. Die Konkurrenz der Giessener Allgemeine schrieb fast gleichlautend: „Einer der Hauptträdelsführer des Autonomenprotestes konnte nicht am oder im Stadthaus sein: Der Reiskirchener war in der Nacht zuvor beim Sprayen in der Innenstadt ertappt und bis gestern Abend in Unterbindungsgewahrsam genommen worden“. Dahinter stand eine entsprechende Information der Giessener Polizei. Kaum jemand ahnte, was sich kurz danach herausstellte: Weder waren die zwei Personen in der Nähe des Rathauses gewesen noch beim Sprühen erwischt worden. Es gab gar keine Graffiti am Rathaus! Tat und Täter wurden komplett erfunden!

An solche Verhältnisse mussten sich die EinwohnerInnen in Gießen fortan gewöhnen, auch wenn viele die Fälschungen in Tageszeitungen und Polizeiberichten nicht erkennen konnten oder wollten. Was Polizei, Politik und Presse veröffentlichten, entsprang meist ihrem Reich der Märchen. Nur einmal wurde das stark öffentlich diskutiert – allerdings ebenfalls ohne jegliche Konsequenzen für den Verursacher. Gießens Bürgermeister Haumann (CDU) hatte am 12.12.2002 offensichtliche Schwierigkeiten, einen harten Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Er griff zu üblichen Tricks und verkündete, es sei eine anonyme Bombendrohung eingegangen. Das war komplett gelogen. Nach zwei Monaten ständiger Wiederholung musste er kleinlaut zugeben, alles ausgedacht zu haben. Ohne einen penetrant nachforschenden PDS-Abgeordneten wäre das nie ans Tageslicht gekommen. Polizei und viele PolitikerInnen im Umfeld des Bürgermeisters hatten ebenso unterwürfig geschwiegen wie kein Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister eingeleitet wurde. Kurz danach würde er sogar als Kandidat der regierenden CDU zum Oberbürgermeister gewählt.

Die meisten weiteren Fälle wurden nie öffentlich richtiggestellt. Die Erfindungen stammen aus der Presseabteilung des Polizeipräsidiums Gießen oder von regionalen PolitikerInnen und Journalisten. Die Presse druckte sie bereitwillig ab, selbst wenn rechtzeitig Gegendarstellungen vorlagen – letztere wurden ohnehin regelmäßig verschwiegen. Die Staatsanwaltschaft lehnte stets die Aufnahme von Ermittlungen wegen falscher (§ 164 Strafgesetzbuch) oder politischer (§ 241a) Verdächtigung ab. Stattdessen schmiedete sie aus einem Teil der Erfindungen Anklagen gegen AktivistInnen politischer Gruppen – zumindest erstinstanzlich kam es durch die gleichsam mit der politischen Obrigkeit verfilzten Richter an den Giessener Gerichten zu Verurteilungen bis zu 9 Monaten Haft ohne Bewährung. Die „Beweisführung“ des Urteils lesen sich u.a. so: „Die Zeugin räumte selbst ein, den Angeklagten geohrfeigt zu haben. Für eine solch extreme Reaktion muß es Gründe gegeben haben; für Oberbürgermeisterkandidaten macht es sich schließlich schlecht, wenn sie bei Wahlkampfveranstaltungen grundlos Passanten prügeln. Schließlich wollen sie gewählt werden.“ Schon vor Ort war nur der Geohrfeigte verhaftet worden, gegen die vor vielen Zeugen, u.a. mehreren Polizisten zuschlagende Politikerin wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In einem weiteren Verfahren wurden sogar neue Straftaten erfunden: „Beleidigung durch Unterlassung“ führte zu einem Ermittlungsverfahren seitens der Polizei, Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft und einem Strafbefehl durch Amtsrichterin Kaufmann gegen eine Person, weil sie mit ansah, wie Menschen Parolen per Kreide auf die Straße schrieben.

Dokumentation

von

- Fälschungen
- Erfindungen
- Hetze



durch

Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen

Herausgegeben von:

- Humanistische Union - Regionalverband Mittelhessen
- Bildungssyndikat Gießen/Wetzlar
- Infoladen Gießen
- AG Füselle, Autonome Gruppe für selbstbestimmtes Leben
- Gruppe X, Autonome Menschen ohne Label und kollektive Identität aus dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen

Stand: 25. Februar 2004

Demoauflagen in Gießen enthalten Anweisungen, Polizeibeamten „unbedingte Folge“ zu leisten, DNA-Tests werden ohne richterliche Anhörung angeordnet und durchgezogen, die Verteilung von Flugblättern als Nötigung der PassantInnen bewertet und Verteiler in Gewahrsam genommen – die Liste der Rechtswillkür ist lang geworden.

Gewaltverharmlosung

Die Erfindung von Straftaten ist bereits sowohl in Qualität wie auch in Quantität unglaublich. Dramatisch wirkt das Geschehen angesichts dessen, wie mit Gewalttaten gegen politische Oppositionelle umgegangen wird. Regelmäßig werden keinerlei Anklagen erhoben. Das gilt sowohl für den genannten Schlag der Giessener Grünenpolitikerin, der in der Giessener Allge-

meinen als „moralisch und rechtlich einwandfrei“ titulierte, wie auch für einen bewaffneten Überfall mit sozialrassistischen Parolen auf die Projektwerkstatt Saasen in der Nacht auf den 1. Mai 2001 sowie auf einen Überfall eines mit einer Sense und einem Benzinkanister bewaffneten Mannes auf dasselbe Haus mit einem anschließenden Angriff auch auf Polizeibeamte. Das Verfahren wurde eingestellt, die örtliche CDU begrüßte die Aktion der Marke Bürgerwehr. Das alles wird in der Dokumentation haarklein aufgelistet mit präzisen Quellenangaben – in der Regel dem detailgenauen Abdruck der Polizeipresseinformationen, Preetexte oder Äußerungen aus Politik und Justiz.

Beispiele

Die Erfindungen und Fälschungen ziehen sich über einen Zeitraum von einigen Jahren. Auch in der Phase, wo schon auf Erfindungen basierende Prozesse liefen, wurde immer neue Straftaten komplett erfunden.

■ Gedichte zu Brandsätzen

Eines der skurilsten Beispiele ist der 9.12.2003: Bei einer öffentlich angekündigten Gedichtelesung nimmt die Polizei 12 Menschen fest und schiebt ihnen wenige Stunden später per Presseinformation den Versuch von Farbschmierereien unter. Trotz rechtzeitigem Dementi drucken beide Tageszeitungen die Lügen ab – wissentlich! Ein halbes Jahr später korrigiert die Polizei ihre Geschichtsschreibung, spricht jetzt von einem versuchten Brandanschlag und präsentiert sogar einen beschlagnahmten Brandsatz. Doch der stellt sich als Reinigungsflüssigkeit heraus: Graffitiertferner!

Mehr: Seite 31 und www.projektwerkstatt.de/9_12_03.

■ 138 Straftaten!

Am 7.4.2004 veröffentlichte die Polizei Mittelhessen ihre Kriminalitätsstatistik für 2003. Darin findet sich ein unglaublicher Absatz mit Tätervorwürfen gegen die Projektwerkstatt in 138 Fällen. Nirgends anders gab es in der Statistik Benennungen von TäterInnen oder Tätergruppen. Von den bekanntgewordenen Ermittlungsverfahren in Staatsschutzdelikten ist 2003 nur eines durch Gerichtsurteil abgeschlossen worden – für den Rest ist die Behauptung der Polizei eine politisch brisante Vorverurteilung.

Mehr auf Seite 16 und unter www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/statistik.html.

■ Informationen sind nur Angriffsflächen

10.7.2004, Lich: Die Bereitschaftspolizei feiert. Im Eingangsbereich aber ist Sicherheit angesagt. Unwillkommene Gäste sollten abgefangen werden, Kritik darf bei einem solchen Fest nicht sein. Meinungsfreiheit? Gibt's nicht. Als dann mögliche StörerInnen mit Flugblättern auftauchen, werden sie gleich kurzzeitig verhaftet und erhalten Platzverweise für das Festgelände und das angrenzende Wohngebiet. Sie fügen sich dem und verteilen ihre Flugblätter weiter entfernt. Doch auch das will die Polizei nicht dulden – schließlich nimmt sie einen der Flugblattverteiler fest. Der aber legt Widerspruch ein. Die Polizei in Gießen hält das für unzulässig, das Verwaltungsgericht Gießen definiert den Widerspruch als aussichtslos. Vor einer Verhandlung. Begründung: Die Polizisten haben immer recht. Der Betroffene bleibt beim Widerspruch, das Verfahren rollt und und gibt einen Blick in die Akten frei. Dort notiert die Polizei, dass keine Informationen rausrücken will: „würden wir Herrn Bergstedt mit weiteren Ausführungen nur zusätzliche Angriffsflächen bieten“.

Mehr auf Seite 27 und unter www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/beispiele/10__7__2004lich.html.

Quellen und Links

Infoseite zur Dokumentation, zu Einzelfällen und Reaktionen sowie zu weiteren Entwicklungen: www.polizeidoku-giessen.de.vu. Auf dieser Seite kann die gesamte Dokumentation mit allen Zitaten und Quellen downgeloadet. Zudem finden sich hier weitere Links zu neueren Vorgängen. Die Originaldokumente sind regelmäßig mit eingestellt, so dass eine gute Nachweisebene gegeben ist, die auch für die in obigen Ausführungen genannten Beispiele gilt.

Weitere Informationen

- Prozesse gegen AktivistInnen aus dem Raum Gießen: www.projektwerkstatt.de/prozess
- Gefahrenabwehrverordnung und innere Sicherheit in Gießen: www.abwehr-der-ordnung.de.vu
- Diskussionen zu Herrschaft und Utopien: www.herrschaftsfrei.de.vu
- Bestellung der Dokumentation und vieler anderer Materialien zum Thema: www.politikram.de.vu

Bewertung

Gießen ist eine der vordringenden Städte in Sachen innerer Sicherheit geworden. Hier kam vor einigen Jahren eine Law-and-Order-orientierte bürgerliche Koalition an die Macht und verschärfte die schon unter rot-grüner Mehrheit begonnenen Überwachungsmaßnahmen erheblich. Zudem wohnt der hessische Innenminister Volker Bouffier in dieser Stadt. Er ist der Scharfmacher, seine politischen Bündnisgenossen in der Stadtführung die Umsetzer immer neuer Experimente. Bisheriger Höhepunkt war die neue Gefahrenabwehrverordnung, verabschiedet am 12.12.2002, die vom Teppichauklopfen bis zum Flugblattverteilen vieles in der Innenstadt verbietet und vor allem nicht erwünschte Menschen aus der Stadt drängen soll. Immer neue Polizeieinheiten, z.B. Freiwilliger Polizeidienst, StadthelferInnen und Wachpolizei, sollen diese Regelungen durchsetzen und patrouillieren durch die Stadt. Im benachbarten Lich entstand die modernste Polizeikaserne Europas (Selbstlob Ministerpräsident Koch), immer mehr zivile Polizeieinheiten kontrollieren in Gießen vor allem politische Gruppen – einige AktivistInnen haben regelmäßige Polizeibescherter auf ihren Wegen durch die Stadt oder vor ihren Wohnungen. Nach allem, was aus Gesprächen und öffentlichen Verlautbarungen herauszuhören ist, ist das Gewesene erst der Anfang. Gießen ist eine Experimentierfläche des autoritären Staates – nicht die einzige. Innere Sicherheit dient regelmäßig den Interessen der Mächtigen, richtet sich gegen kritische und unerwünschte Menschen. Die Polizeigesetze werden im Rekordtempo novelliert und verschärft. Protest dagegen findet kaum statt – eine fatale Entwicklung!

Fälschungen und Hetze

Eine Dokumentation über Presse, Politik, Polizei und Justiz in Gießen

Die Humanistische Union (Regionalverband Mittelhessen), das Bildungssyndikat Gießen/Wetzlar, der Infoladen Gießen, die Demokratische Linke (DL) Gießen, die Jusos (Unterbezirk Gießen), die AG Füsele (Autonome Gruppe für selbstbestimmtes Leben) sowie die Gruppe X (Autonome Menschen ohne Label und kollektive Identität aus dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen) haben eine fünfseitige Dokumentation zur politischen Repression in und um Gießen vorgelegt. Unter dem Titel »Fälschungen, Erfindungen, Hetze«, werden Gewalttätigkeiten der Polizei, deren Vertuschung durch Presse und Politik und die Rückendeckung durch die örtliche Justiz geschildert.

Die Herausgeber betonen in einem Vorwort: »Den Wahrheitsgehalt der in dieser Zusammenstellung gemachten Angaben können die Herausgeber nicht im Einzelnen überprüfen. Sie unterstützen die Projektwerkstatt Saasen aber in ihrem Anliegen, das ungeheuerliche Verhalten von Polizeibeamten und Angehörigen der Justiz öffentlich zu machen. (...) Die Herausgeber halten die Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden gegen die Projektwerkstatt und ihre Mitarbeiter für einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Freiheits- und Bürgerrechte der Betroffenen. Diesem verfassungswidrigen Übergriff treten die Herausgeber mit aller Schärfe entgegen.«

Die Dokumentation wurde von mehreren Autorinnen und Autoren zusammengestellt und schildert anhand von konkreten Fallbeispielen Rechtsbruch, Hetze und Kriminalisierung. Die Verfasser halten fest, daß die überregionale Berichter-



Gegen Rassismus und Polizeigewalt demonstrierten am 20. März 130 Menschen in Iserlohn (Sauerland). Eine Woche zuvor waren 160 Polizeibeamte im Einsatz gegen das dortige Asylbewerberheim (JW berichtete)

stattung über Polizeigewalt den Eindruck hervorrufen könnte, daß es sich bei Körperverletzungen, Totschlag auf Polizeistationen in Abschiebeverfahren, um Drohungen und Willkür einzelner Ausnahmen handeln würde. Der Blick auf den Alltag lokaler und regionaler Repressionsbehörden zeige dagegen, daß der Machtmißbrauch offensichtlich die Regel ist. Besonders erschreckend ist die anwachsende Einigkeit innerhalb »Gießener Eliten«, die Formen von Kriminalisierung, Diskriminierung und direkter Repression zu vertuschen oder gar zu unterstützen. Erst das Schweigen in Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen gebe denen, die Recht brechen und Macht ausnutzen, die Sicherheit, ihr Verhalten »gefahrlos« durchzuführen zu können.

Den Schwerpunkt der Dokumentation sind Erfindungen von angeblichen Straftaten und Tatbelegungen. Um Festnahmen, Anklagen oder Durchsuchungen zu rechtfertigen, dachten sich Polizei, Politik und Presse in den letzten Jahren über zwanzigmal Vorwürfe aus. Die meisten der vorgeworfenen Taten habe es nie gegeben, wie etwa erfundene Farbschmierereien am Gießener Gerichtsgebäude. Mit Anzeigen, Vorwürfen, Prozessen und ständiger Überwachung habe dann ein zunehmend größeres Polizeiaufgebot versucht, Protestgruppen und -aktionen zu kriminalisieren. Als Beispiel werden die Anzeigen gegen protestierende Studenten der Uni Gießen geschildert, die sich im

Herbst 2003 gegen Studieng Bühnen und Sozialabbau zur Wehr setzten.

Als Höhepunkt nennt die Dokumentation die Geschehnisse vom 11.–14.12.2002 und 9.–11.1.2003 mit ihren Folgen: »Im Winter 2002/2003 organisierten verschiedene Gruppen in Gießen Proteste gegen die neu beschlossene Gefahrenabwehrverordnung und die Innenstadtpolitik. Kreative Protestformen prägten die Auseinandersetzungen – von Straßentheater über kreative Demonstrationen bis zu gefälschten Behörden Schreiben oder Störungen von Parteiveranstaltungen. Die Nerven vieler Politiker und Politikerinnen und der Ordnungsbehörden lagen blank. CDU-Bürgermeister Haumann ließ am 12. Dezember eine große Polizeistreitmacht aufmarschieren, um die Stadtverordnetenversammlung zu schützen. Zur Legitimierung seiner Handlungen erfand er den Eingang einer Bombendrohung! Konsequenzen für ihn hatte die Vorspiegelung von Straftaten nicht. Am 9.1.2003 plante der Staatsschutz Gießen mit Hilfe regulärer Polizei einem großen Schlag gegen die Projektwerkstatt in Saasen, die sie als Kern der Proteste vermuteten. Die Polizei ging dabei offenbar mit blinder Wut vor. Sämtliche Aktionen schlugen fehl.«

Des weiteren werden Strafverfahren und fragwürdige Urteile dokumentiert, und es wird die Verflüchtigung von Polizei, Presse, Justiz und Politik in Gießen analysiert.

Während kleinste Aktionen und vor allem erfundene Straftaten für

politische Protestgruppen bereits erhebliche Kriminalisierung und aufwendige Gerichtsverfahren nach sich gezogen hätten, sei selbst intensive Gewalt gegen Protestgruppen bagatellisiert worden.

Seit Jahren wird in Gießener Zeitungen gegen linke politische Oppositionsgruppen gehetzt. Mehrfach wurden diese mit Straftaten in Verbindung gebracht, obwohl weder Beweise noch Urteile vorlagen.

Für sich spricht schließlich eine Sammlung von Zitaten, die in der Dokumentation Polizisten in Gießen zugeschrieben werden: »Bei uns ist schon mal jemand die Treppe runtergefallen.« (Typische, inzwischen mehrfach wiederholte Form der indirekten Gewaltandrohung von Polizeibeamten gegenüber Verhafteten oder Demonstrationsteilnehmern); »Du bist der Nächste!« (Staatsschutzchef Gerhard Puff in der Fußgängerzone von Gießen zu einem Anwesenden); »Wenn wir mit der Projektwerkstatt fertig sind, sind Sie der Nächste!« (Staatsschutzchef zu einem Studierendenvertreter während des Uni-Streiks im Herbst 2003); »Wenn wir uns das nächste Mal auf der Straße sehen, gibt es richtig eine. Das kann ich dir schwören.« (BKA-Beamter in einer Kneipe gegenüber einem linken politischen Aktivist).

Ulla Jelpke

● Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
www.polizeidoku-giessen.de.vu
(Download von Kurz- und Langfassung als .pdf-Datei)